

Positionspapier der Landesarbeitsgemeinschaft Hessische Bäder

In Hessen existieren mit Stand Februar 2026 insgesamt 526 öffentliche Bäder und Badestellen in 332 Kommunen. Sie bieten landesweit sozialverträgliche Freizeit- und Gesundheitsangebote für alle Bevölkerungs- und Altersgruppen:

Öffentliche Bäder sind Orte für das hoheitliche Schulschwimmen und ermöglichen der nachwachsenden Generation eine der zentralen menschlichen Kulturfähigkeiten, das Schwimmen, zu erlernen. Öffentliche Bäder sind Trainings- und Wettkampforte von zahlreichen wassersporttreibenden Vereinen und Institutionen des Katastrophenschutzes.

Öffentliche Bäder sind darüber hinaus auch ein bedeutsamer Wirtschaftsfaktor.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Hessische Bäder positioniert sich klar zum Erhalt der Bäderlandschaft, und stellt deren entscheidenden Beitrag zu Gesundheit, Wohlbefinden, Schwimmfähigkeit und zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in den Mittelpunkt ihres Handelns.

Seit der Gründung der Landesarbeitsgemeinschaft im September 2025 unterstützen aktuell 80 Badbetreiber die Arbeit der AG. Diese repräsentieren gemeinsam 116 öffentliche Bäder in Hessen. Damit bildet die Arbeitsgemeinschaft bereits einen erheblichen Teil der hessischen Bäderlandschaft ab und bündelt eine breite kommunale und betriebliche Expertise. Sie ist damit der größte landesweite Zusammenschluss der hessischen Bäderbranche und die einzige strukturierte Plattform auf Landesebene, die die Interessen der Badbetreiber bündelt und geschlossen vertritt.

Die Leitpunkte der Arbeitsgemeinschaft sind:

- Aufbau eines landesweiten Netzwerks
- Klare Positionierung gegenüber Kommunal- und Landespolitik
- Offener und gemeinsamer Dialog
- Sicherstellung von rechtssicheren und finanziell gesicherten Betrieben
- Behandlung kritischer Themenfelder wie
 - investive und betriebliche Finanzierung
 - Fördermittel
 - Schulschwimmen
 - Bau, Sanierung, Energie, Nachhaltigkeit
 - Fachkräftemangel und nachhaltige Personalgewinnung

Im Themenfeld investive und betriebliche Finanzierung wurde deutlich, dass Investitionsförderung allein nicht ausreicht. Neben Bau- und Sanierungsvorhaben benötigen Betreiber verlässliche Rahmenbedingungen für den laufenden Betrieb und eine Förderpraxis, die planbar, administrativ praktikabel und langfristig angelegt ist. Ausdrücklich benannt wurde zudem der Bedarf nach einem landesweiten „Förderlotsen“ bzw. „Förderpaten“ für den



Bäderbereich, der Kommunen und Betreiber bei Förderzugang, Planungssicherheit und Fehlervermeidung bei Neubau und Sanierung unterstützt.

Ein wesentlicher Schwerpunkt ist die **interkommunale Zusammenarbeit**. Zweckverbände und solidarische Finanzierungsmodelle wurden als zukunftsfähige Instrumente identifiziert, insbesondere im ländlichen Raum und dort, wo mehrere Kommunen von einer Wasserfläche profitieren. Die Arbeitsgemeinschaft spricht sich daher für eine gezielte landesseitige Förderung interkommunaler Kooperationen im Bäderbereich aus, insbesondere durch Förderzuschüsse und geeignete Anreizsysteme, die Kooperationen finanziell attraktiver machen als isolierte Einzelstrukturen. Ergänzend wurden kreisweite Modelle einer solidarischen Finanzierung - beispielsweise über Umlagen - als übertragbarer Ansatz diskutiert.

Beim **Schulschwimmen** besteht Klärungsbedarf hinsichtlich Zuständigkeiten, Aufsichtsanforderungen und finanzieller Lastenverteilung. Ziel ist eine landesweit abgestimmte, praktikable und wirtschaftlich tragfähige Ausgestaltung dieser Kernaufgabe der Daseinsvorsorge, die Rechtssicherheit schafft und Betreiber nicht einseitig belastet.

Im Bereich **Bau, Sanierung, Energie und Nachhaltigkeit** weist die Landesarbeitsgemeinschaft auf steigende Komplexität und Kosten hin. Zu benennen sind hierbei insbesondere kostentreibende Vorgaben und Verfahren (u. a. Energetik und Brandschutz). Künftige Änderungen sollten daher stärker unter dem Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Umsetzbarkeit und einer nachvollziehbaren Kosten-Nutzen-Abwägung bewertet werden.

Der **Fachkräftemangel** ist eine zentrale strukturelle Herausforderung für die Zukunft der hessischen Bäderlandschaft. Die Betreiber bekennen sich zur unverzichtbaren Fachpersonalausstattung durch Fachangestellte sowie Meisterinnen und Meister für Bäderbetriebe, die für Betriebssicherheit, Qualität, Anlagenunterhaltung und rechtssichere Organisation verantwortlich sind.

In der **beruflichen Ausbildung** zur Fachangestellten bzw. zum Fachangestellten für Bäderbetriebe bestehen Defizite in der Prüfungsorganisation. Erforderlich sind vereinfachte, transparente und bundesweit vergleichbare Strukturen. Komplexe Verfahren und hohe Durchfallquoten - insbesondere bei externen Prüflingen - führen dazu, dass potenzielle Fachkräfte verloren gehen.

Auch die **Aufstiegsfortbildung** zum Meister für Bäderbetriebe ist in Hessen organisatorisch nicht gebündelt, was Planbarkeit und Zugang erschwert. Eine Anbindung an bestehende länderübergreifende Prüfungsstrukturen würde Verfahren vereinheitlichen und die Attraktivität der Fortbildung erhöhen.

Eine **Werbeoffensive** kann unterstützend wirken, ersetzt jedoch keine strukturelle Anpassung der hessischen Ausbildungs- und Prüfungsorganisation. Bestehende Sonderwege sollten daher überprüft und - wo sachlich geboten - an bewährte Modelle angepasst werden.

Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert letztlich die Politik auf, die **Digitalisierung** der Bäder nicht als reines IT-Thema, sondern als strategisches Instrument zur Erhaltung der Daseinsvorsorge zu nutzen. Nur durch vernetzte Systeme, rechtliche Sicherheit und gezielte Förderung kann die Lücke zwischen analoger Tradition und moderner Erwartungshaltung geschlossen werden.